

BÜRGERTUM IN OSTMITTELEUROPA

Am Zentrum für interdisziplinäre Forschung (ZiF) in Bielefeld arbeitet seit Anfang Oktober 1986 eine Forschungsgruppe unter Leitung von Prof. J. Kocka über das Thema „Bürgertum, Bürgerlichkeit und bürgerliche Gesellschaft. Das 19. Jahrhundert im europäischen Vergleich“. Von den vier vorgesehenen Konferenzen, zu denen Gäste und Referenten von außen eingeladen waren, bezog die dritte, vom 9. bis 11. 4. 1987, Osteuropa in den Vergleich mit ein. Gäste aus Ungarn, Polen, der Tschechoslowakei und der DDR hatten Forschungsbeiträge zum Problem des „Bürgertums und der Intelligenz in Ostmitteleuropa im 19. und 20. Jahrhundert“ erarbeitet. Die Ausdehnung der Vergleichsbasis auf Osteuropa eröffnete neue Perspektiven für den gesamten Forschungsbereich und diente vor allem einer Revision und Differenzierung der Begriffe.

Ein zentraler Punkt in der Bürgertumsdiskussion ist die Frage nach dem deutschen „Sonderweg“. Mit dem Begriff des Sonderwegs sind die Probleme einer verzögerten Entwicklung der Modernisierung und der Entstehung eines emanzipierten Bürgertums sowie die Folgen der verspäteten Nationsbildung angesprochen. Im Vergleich mit Ostmitteleuropa wird jedoch die These von einem speziellen deutschen Weg in Frage gestellt. Es wird deutlich, daß unter ähnlichen Gesichtspunkten jede der ostmitteleuropäischen Nationen für sich einen Sonderweg beanspruchen könnte. Verzögerungen – von weitaus größerem Ausmaß – hat es auch in Osteuropa gegeben und die verspätete Herausbildung von souveränen Nationen mit staatlicher Repräsentanz ergab sich aus den jeweils spezifischen historischen Voraussetzungen.

Die Tagung wurde eingeleitet mit Beiträgen, die der begrifflichen Abgrenzung des „Bürgertums“ am Beispiel der bürgerlichen bzw. nicht-bürgerlichen *Bildungsschichten* im 19. Jahrhundert dienten. Die polnische „inteligencja“ und das deutsche „Bildungsbürgertum“ waren die exemplarischen Vergleichsobjekte, an denen die Schwierigkeiten der Definition ebenso klar zutage traten wie die Möglichkeiten einer Differenzierung und damit Klärung der Begriffe (W. Długoborski, Breslau; St. Widerszpil, Warschau; Nora Koestler, Tübingen).

Es wäre eine unzulässige Vereinfachung, wollte man Ostmitteleuropa als Einheit betrachten und somit eine gemeinsame Sonderentwicklung seiner Wirtschaft und Gesellschaft voraussetzen. Gerade an den unterschiedlichen Funktionen eines ungleich entwickelten und verschieden strukturierten Bürgertums läßt sich zeigen, daß der Vergleich mit den westeuropäischen bürgerlichen Formationen jeweils gesondert für jedes Land angestellt werden muß. Ungarn bildete nach 1848 bzw. nach 1867 im „Klassenbündnis adliger Eliten mit dem jüdischen Bürgertum“ eine Sonderform der Bourgeoisie heraus (V. Karady, Paris; K. Vörös, Budapest). Trotz einer, mit Polen vergleichbaren, Dominanz des Adels gelang es in Ungarn, einen z. T. fremdnationalen

Mittelstand zu entwickeln, dessen Präsenz und Funktion einen Vergleich mit dem westlichen Europa zulassen. Der Toleranz gegenüber den jüdischen bürgerlichen Schichten kam dabei eine wichtige Bedeutung zu. G. Ranki (Budapest) betonte in seinem Referat, daß ein Vergleich der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen *Funktionen* des Bürgertums in den einzelnen Ländern zu greifbareren Ergebnissen führen könnte als eine Analyse bürgerlicher Mentalität und bürgerlicher Wertvorstellungen, wie sie besonders bei der Beschreibung von Bildungsschichten nahe zu liegen scheint. Dieser funktionelle Ansatz würde auch die Gegenüberstellung des deutschen mit dem tschechischen Bürgertum erleichtern. Für das letztere allerdings war die Verflechtung der Nations- und Sprachzugehörigkeit mit der gesellschaftlichen Schichtung entscheidend und ließ keine geschlossene tschechische bürgerliche Gesellschaft zustande kommen (O. Urban, Prag).

Die Nationalitätenfrage ist auch für die Beurteilung der polnischen Verhältnisse von Bedeutung. In Polen nahmen jüdisches und deutsches Bürgertum die Funktion wahr, die eine schwach entwickelte polnische bürgerliche Schicht nicht in der Lage war auszufüllen (R. Kołodziejczyk, Warschau). Die über das 19. Jahrhundert hinausreichende Kraft adliger und bäuerlicher Wertmaßstäbe und Ideologien und das Fehlen der Eigenstaatlichkeit im 19. Jahrhundert lassen Polen auch im osteuropäischen Vergleich als einen Sonderfall sozialgeschichtlicher Entwicklung erscheinen. Die Abgrenzung des Bürgertums gegen den Adel einerseits und die Arbeiterschaft andererseits waren in Polen nicht sehr scharf markiert und wurden gelegentlich in nationaler Solidarität aufgehoben. Ansätze einer Verbürgerlichung der Arbeiter blieben durch die mangelnde Attraktivität des fremdnationalen bürgerlichen Vorbilds und die zunehmend mechanisierte Arbeitswelt schwach (A. Żarnowska, Warschau; H. Zwahr, Leipzig). Der Einfluß der katholischen Kirche auf die Arbeiterschaft wirkte einer Verbürgerlichung eher entgegen.

Überlegungen zur Entfaltung der bürgerlichen Schichten in Ostmitteleuropa bis zum Zweiten Weltkrieg erschienen im Rahmen einer vergleichenden Gesamtgeschichte der Modernisierung und Industrialisierung Europas als sinnvoll. Für die Zeit danach tauchen erhebliche Schwierigkeiten auf, wenn die sozialen und wirtschaftlichen Umbrüche mit den alten Kategorien der bürgerlichen Gesellschaft gemessen werden sollen. Versuche, Relikte des Kleinbürgertums oder zumindest kleinbürgerlicher Einstellungen in den sozialistischen Ländern zu beschreiben, bleiben in ideologischen Gewichtungen befangen (H. Nussbaum, Berlin; W. Markiewicz, Warschau). Ebenso fraglich ist die Verknüpfung moderner Partei- und Verwaltungseliten mit Begriffen wie Bildungsbürgertum oder Intelligenz (als „neue Klasse“). M. Hroch (Prag) versuchte in einem Schaubild die Zuordnung verschiedener sozialer Schichten und Gruppen unter dem Aspekt der höheren Bildung darzustellen. Dieses Modell müßte allerdings jeweils zeitlich und regional modifiziert werden. Positiv wurde die Forderung J. Kockas aufgenommen, den Bürgertumsbegriff zu historisieren, um eine begrenzte Ausgangsbasis für den Vergleich zwischen west- und osteuropäischen Entwicklungen zu gewinnen.

Die außerordentlich klare und kompetente Zusammenfassung der komplexen Tagungsergebnisse durch J. Kocka brachte jedem Teilnehmer vor Augen, wie nützlich und notwendig derartige Versuche grenz- und systemüberschreitender Komparatistik

für die Sozialgeschichte der europäischen Länder sind. Die Tagungsbeiträge sollen in einem Sammelband veröffentlicht werden.

Tübingen

Nora Koestler